

Herausforderungen der achtziger Jahre*

MICHEL ROCARD

Der zur Ausarbeitung anstehende Plan wird der neunte in der Geschichte Frankreichs sein. Es scheint mir wünschenswert, dem achten Plan, auch wenn er eine Totgeburt war, in dieser Reihe einen Platz einzuräumen; denn durch ihn kommt eine bestimmte Phase der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Krise klar zum Ausdruck, von welcher sich die jetzige Regierung deutlich abgrenzen möchte.

Der neunte Plan aber wird der erste sein, dem bei seiner Erstellung so viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Kräfte sind hier auf höchster Ebene, die 26 Regionen durch ihre Präsidenten oder deren Delegierte vertreten. Die Kommission wird ihre Tagesordnung, ihre Sitzungen und ihren Arbeitsablauf autonom bestimmen.

War ein solcher Formalismus notwendig? Ginge es nur darum, die öf-

fentlichen Kräfte durch einige Beratungen in den Plan einzubeziehen, würde ich es verneinen. Aber die zunehmenden Schwierigkeiten, in denen sich die Weltwirtschaft und die Wirtschaft Frankreichs befinden, zwingen uns dazu, diesem Plan ein umfassendes Ziel zu geben; d. h. dieser Plan muß Lösungen enthalten, die uns in die Lage versetzen, den Schwierigkeiten zu begegnen. Die Lösungen sollen für die verschiedenen wirtschaftlichen Bereiche des Landes entweder einheitlich sein oder zum gleichen Ergebnis führen. Diese Ausgangssituation bedingte eine Änderung des Verfahrens, es mußte die Ebene der Beratungen vom Gesetzgeber selbst bestimmt werden.

Weder ist es meine Absicht, in dieser Einleitung zu unserer Arbeit eine exakte Analyse der Lage und der daraus resultierenden Perspektiven zu geben, noch darzulegen, was der neunte Plan sein sollte oder könnte: er wird entweder eine gemeinsame Schöpfung, oder nicht sein. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, was über die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, allgemein bekannt ist, Ihnen einige der wenigen, allen Teilen der französischen Gesellschaft gemeinsamen Zielsetzungen zur Überprüfung vorlegen, einige Gedanken zu den notwendigen Bedingungen, um diese Zielsetzungen verfolgen und erreichen zu können, darlegen und daraus einige Ansätze über Wesen und Inhalt des neunten Planes sowie über die Art seiner Ausarbeitung ableiten.

1. Der Kontext

Die Welt befindet sich in einer Krise. Es scheint jedoch nicht unwahrscheinlich, daß gerade der Gebrauch des Wortes „Krise“ dazu beigetragen

* Leicht gekürzter Text der Rede Michel Rocard, Ministre du Plan et de l'Aménagement du Territoire, gehalten am 9. September 1982 zu Beginn der Arbeiten am 9. Plan. Die Übersetzung besorgten Danielle Brasier und Karl Eberl.

hat, die Analysen in eine falsche Richtung zu lenken. Dieses Wort, welches die Ökonomie aus dem medizinischen Wortschatz entlehnt hat, bezieht sich auf die kritische Phase einer Krankheit, nach welcher der Kranke, falls er nicht gestorben ist, langsam wieder gesund wird. Es beschreibt also ein zeitlich begrenztes Stadium, welches als anormal empfunden wird, verglichen mit dem Zustand der Gesundheit, welcher uns bekannt ist, den wir beschreiben können und in dem wir uns nach der Krise wieder befinden werden. Diese beiden Annahmen, die zeitliche Begrenztheit der Krise und die Wiederherstellung der Ausgangslage, scheinen jedoch immer stärker jeder Wirklichkeit zu entbehren. Wir erleben derzeit keine Krise, sondern eine umfassende Veränderung. Das einzige, was wir heute mit einiger Sicherheit wissen, ist, daß diese Krise eine geänderte Situation in der Welt schafft, charakterisiert durch ein geringes oder Nullwachstum, in der Größenordnung gleichbleibende Sozialleistungen, einen verschärften internationalen Wettbewerb und eine allgemeine Instabilität bzw. Unsicherheit.

Bevor wir auf die für Frankreich spezifischen Umstände eingehen, sollten wir die Merkmale dieser Veränderung näher betrachten.

Als die Verlangsamung des Wachstums und die Zerrüttung des internationalen Finanzsystems ihre Auswirkungen zeigte, führten erste, in der westlichen Welt verbreitete Analysen dies auf die Konjunktur zurück. Obwohl der erste Erdölchock lange nach den wichtigsten Krisenanzeichen stattfand, war es auf Grund seiner Bedeutung ein Leichtes, die Situation so darzustellen, als gelte es nur, einen ungünstigen Augenblick zu übertauchen, einen Tunnel, dessen Ende man sieht, zu durchschreiten, einen düsteren Frühling, dem im Herbst ein Aufschwung folgen wird, zu überdauern. Die Erfahrungen seit 1973 zwingen jedoch zur Revision einer derartigen Sichtweise.

Drei Elemente können als sicher angenommen werden:

- Die als Krise bezeichnete Situation hat eher strukturelle als konjunkturelle Hintergründe;
- betrifft die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und
- ist nicht nur beschränkt auf die Wirtschaft und das Finanzsystem, sondern stellt auch die sozialen Strukturen, die kulturellen Normen und die Werte, auf denen unsere Gesellschaft beruht, in Frage.

Gegen Ende der sechziger Jahre verkleinerte sich in Nordamerika und Europa nach und nach der Markt für langlebige Konsumgüter. Die Hochkonjunktur der zwanzig vorangegangenen Jahre forderte ihren Tribut: Die Nachfrage der Haushalte – ohne die 20 Prozent der Bevölkerung, die man als arm bezeichnet, zu berücksichtigen – nach Erstgütern der Bereiche Wohnung, Auto und Haushaltsgüter war annähernd befriedigt. Diese Bereiche aber hatten das starke Wachstum ermöglicht. Ein nur auf Erneuerung von Gütern ausgerichteter Markt ist weniger tragfähig als einer, der die Nachfrage nach Erstgütern zu befriedigen hat; dieser Umstand konnte auch nicht durch den Export in die Oststaaten und die Länder der Dritten Welt kompensiert werden. Abgesehen von den elektronischen Haushaltsgütern wurden keine Produkte gefunden, die neu und für den Massenkonsum geeignet waren.

Eine gewisse industrielle Kurzatmigkeit machte sich insbesondere in den USA bemerkbar, wo der Produktivitätszuwachs der Arbeit und des Kapitals seit dem Ende der sechziger Jahre um die Hälfte geringer war als in der vorhergehenden Periode. Das Ende der Konventierbarkeit des Dollars in Gold für Transaktionen unter Zentralbanken im August 1971 verordnen, war nur eine Konsequenz der vorhandenen Ungleichgewichte, hatte aber ihrerseits schwerwiegende Folgen nach sich gezogen. Daher kann man sie als erstes allgemein sichtbares Zei-

chen dieser „Krise“ ansehen. Es ist anzumerken, daß dies vor dem ersten Erdölchock geschah. Die gestiegenen Erdölpreise erleichterten natürlich nicht den Aufschwung der angeschlagenen Wirtschaft, für die Analyse ist es jedoch entscheidend, die verschiedenen Tatsachen genauer auseinanderzuhalten und zu wissen, daß das Erdöl nicht die Rolle des auslösenden Krisenfaktors gespielt hat.

Seit Anfang der siebziger Jahre wurden keine neuen Produkte mit genügend Absatzmöglichkeiten gefunden, die einen Wachstumsaufschwung hervorgerufen hätten. Die Maßnahmen zur Begrenzung des von der Krise hervorgerufenen Finanzungleichgewichtes, welche überall einen Rückgang der Investitionen zur Folge hatten, erwiesen sich als erschwerender Umstand oder sogar als Ursache der vorangegangenen Feststellung. Die ausgeblutete westliche Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, massiv zu investieren, um einen Aufschwung zu initiieren, selbst wenn die technischen und ökonomischen Voraussetzungen vorhanden wären. Das interne Finanzgleichgewicht wird überall maßgeblich von der Krise getroffen. Das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und Schutz der Gesundheit ist in dem Ausmaß stärker geworden, als die wirtschaftliche Unsicherheit zugenommen hat. Die Wachstumsverlangsamung hat zu einer Reduktion der Steuereinnahmen geführt, die Dienstleistungen jedoch, die von der öffentlichen Hand verlangt wurden, gehören den kostenintensiven Bereichen an, wie Erziehung, Stadtplanung, Gesundheit, Sicherheit und Forschung. Es stellt sich sogar die Frage, ob nicht der Verlust des Selbstvertrauens, hervorgerufen durch die Krise in den westlichen Gesellschaften, auch dazu beigetragen hat, die Entspannungspolitik in Frage zu stellen und daher die Militärausgaben zu verstärken.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß in dieser Situation die Lohnabhängigen und Selbständigen

sowie die Unternehmen immer noch dieselbe Kaufkraftsteigerung bzw. Ertragszuwächse wie in den vorangegangenen guten Jahren erhofft haben. Das Fortdauern solcher Erwartungen nicht nur für die Löhne, sondern auch für die Preise, erklärt zum Teil die Zunahme der Inflation, deren Ansteigen weltweit Anfang der siebziger Jahre spürbar wurde, und die man später in den USA, Großbritannien und Deutschland eindämmen konnte; aber nur mit Mitteln, bei deren Verordnung man sich fragt, ob der „Kranke“ überlebt.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz in den Industrieländern ist genauso besorgniserregend. Zur Zeit der fixen Wechselkurse, der Hochkonjunktur und des billigen Erdöls waren die Defizite weder folgenreich noch lang andauernd. Die Expansionsvitalität hat allen Zweigen der Industrie Chancen geboten, nicht nur den stärksten und fähigsten. Die Dritte Welt, auf keinem Gebiet wettbewerbsfähig, war ein leicht zu erschließender Absatzmarkt. Die Auswirkungen der Geldentwertung haben sich viel mehr als entweder exportfördernd oder hemmend erwiesen, denn zu einer Beschleunigung der Binneninflation geführt. Dies alles ist in der jetzigen Lage hinfällig. Die erdölarmen Industrieländer haben Strukturschwierigkeiten in ihren Zahlungsbilanzen; einzig in Japan und in der BRD – aber wie lange noch? – werden diese Schwierigkeiten durch eine starke Industrie kompensiert. Stagnierende Märkte bieten kaum dynamische Perspektiven für den Export. Die Konkurrenz einiger COMECON-Staaten oder einiger Länder der Dritten Welt beginnt spürbar zu werden. Die Krise schwächte die anfälligsten inländischen Industriezweige und förderte vor allem den Import. Jede Abwertung erhöht die Kosten im Inland weit eher als daß sie die Zahlungsbilanz, deren Defizit eher strukturell als konjunkturell bedingt ist, ausgleichen würde.

Machen wir einen Exkurs. In dieser allgemeinen schwierigen Situation weist Japan sowohl eine Preissteigerungsrate, die unter 5 Prozent im Jahr liegt, eine Arbeitslosenrate, die weniger als 3 Prozent der arbeitenden Bevölkerung beträgt, als auch ein stetiges Wachstum und eine gesunde Zahlungsbilanz auf. Die besonderen soziologischen und strukturellen Merkmale Japans können sicherlich viel, aber nicht alles erklären und es ist nicht uninteressant zu bemerken, daß dieses Land seit Anfang der siebziger Jahre, d. h. seit Anfang der Krise, eine völlig unkonventionelle Finanzpolitik betrieben hat: ein extrem hohes Budgetdefizit und eine Geldmenge, die dem Produktionswert gegenüber sehr groß war. Für Japan ist es kein Problem, das Wachstum zu finanzieren. Es wäre notwendig, das Geheimnis Japans zu ergründen, ohne sich jedoch zu schnell mit der Erklärung abzufinden, daß dieses Land „nicht so wie die anderen“ sei.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die ich untersuchen will, hat ihren Ursprung in den westlichen Industrieländern. Parallel dazu befinden sich jedoch die UdSSR und die übrigen COMECON-Staaten gleichfalls in einer besorgniserregenden Situation. Zu den Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung kommen eine Vervielfachung der industriellen Engpässe, eine tiefgehende Zerrüttung der Pläne und eine rapide Verschlechterung der Verschuldung dem Westen gegenüber. Nicht nur Polen, sondern auch Rumänien und in einem geringeren Maße die DDR und Ungarn stehen am Rande der Zahlungsunfähigkeit; und der Einfluß der westlichen Krise wirkt sich in diesem Zusammenhang verschlechternd aus.

Was die Dritte Welt betrifft, so muß auch sie die Folgen der Weltwirtschaftskrise unter besonders dramatischen Bedingungen tragen, denn die Periode der Hochkonjunktur hat die Ausarbeitung eines unabhängigen und wirksamen Entwicklungsmodel-

les verhindert. Läßt man die zahlungsunfähigen Länder mit Mexiko an der Spitze außer Betracht, sind zahlreiche Länder gezwungen, die Energie- und Produktionsgüterimporte drakonisch zu drosseln, wodurch ihr Wachstum in Frage gestellt wird.

Die Krise ist also weltweit und verschlimmert sich. So also stellt sich der Zusammenhang dar, in dem wir eine internationale Perspektive ausarbeiten müssen, die als Grundlage für unsere Arbeit dienen soll. Ich werde mich mit einigen Bemerkungen begnügen.

Erstens bezweifle ich die Prognose eines andauernden und kräftigen Aufschwunges ab dem Jahre 1983. Genauer gesagt, auch wenn es leicht vorstellbar ist, daß in den USA einigen Monaten mit leicht abnehmender Produktion einige Monate mit zunehmender Produktion folgen werden (was auf Grund des vor kurzem stattgefundenen Politikwechsels, insbesondere der Zinssenkung zu erwarten wäre), so finde ich in den bekannten und untersuchten Statistiken jedoch weder die konstitutiven Faktoren eines wirklichen Aufschwungs (außer die konjunkturelle Anpassung der Lagerhaltung) noch jene Elemente die ihn verstärken und dauerhaft machen würden.

Meine zweite Bemerkung betrifft das Finanzgleichgewicht. Unsere Zentralbanken sind heute besser in der Lage, begrenzte Zusammenbrüche zu meistern und eine Konkurswelle einzudämmen als sie es 1929 waren. Diese Maßnahmen bedingen aber Kapital und sind kostspielig. Ihrem potentiellen Umfang sind Grenzen gesetzt. Die Anzahl der großen Firmenzusammenbrüche nimmt gefährlich zu. Sogar in Japan. In der BRD und in den USA gibt es seit zwei Jahren große Firmenzusammenbrüche, die „Gesundheit“ einiger großer Konzerne ist in Frage gestellt. Einige Banken sind in den USA zusammengebrochen. Die düstere Finanzlage, in welcher sich einige schwerverschuldete Staaten befinden

(Polen, Mexiko heute, Rumänien, Brasilien und verschiedene afrikanische Staaten morgen) verschlimmert den Druck, der auf den öffentlichen und privaten Finanzinstitutionen lastet. In dem Augenblick, in dem die Politik Präsident Reagans einen gewissen Kurswechsel vollzieht, ist diese Bedrohung des Finanzgleichgewichtes der schwarze Punkt der jetzigen Gegebenheiten.

Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf die technologischen Aspekte der Krise. Das westliche Wirtschaftssystem hat die beiden großen Krisen (1880–1890 und 1929–1934) dadurch gemeistert, daß eine neue Industrialisierung, eine technologische Revolution einsetzte. Durch die Produktion neuer Güter wurde unsere Lebensweise, und wurden die Produktionsstandorte und Märkte verändert. Die Krise der Textilindustrie wurde durch den Aufschwung der Eisenbahn, mit gigantischem Stahl- und Kohleverbrauch sowie einer wunderbaren Vervielfachung des Warenhandels beendet. Die Krise der dreißiger Jahre wurde u. a. durch den Aufschwung jener Industrien, welche Massenkonsumgüter wie Automobil und Haushaltsgüter erzeugte, überwunden.

Technologisch und ökonomisch zeigt die jetzige Krise ähnliche Züge: Relative Sättigung jener Märkte, die bis jetzt am tragfähigsten waren; technische Reife der wichtigsten Güter, die eine Verminderung der Produktivitätssteigerung nach sich zieht; Rentabilitätsverminderung der Unternehmen und daher des Kapitals; und als Konsequenz finanzielle Ungleichgewichte. Die Ähnlichkeit geht bis zum Vorhandensein technologischer Elemente, die uns aus der Krise führen könnten. Alle Elemente einer neuen technologischen Revolution zu einem neuen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Welt sind vorhanden und zum Großteil beherrscht: die Übertragung und Verarbeitung von Information – in all ihren Formen (Bild, Ton, Zahlen, Rechnen), in jeder

geographischen Lage für industriellen und privaten Gebrauch, für Beruf oder Freizeit, geeignet für Kulturgüter mit höchstem Anspruch als auch um die Schwere der Arbeit zu erleichtern, das tägliche Leben materiell leichter zu machen oder das soziale Leben zu regulieren.

Japan hat diesen Weg eingeschlagen und jene Phase überwunden, in welcher die Informatik nur eine logistische Hilfe der klassischen Produktionsweise ist und sich durch Arbeitsplatz einsparungen kennzeichnet. Japan hat bereits die Phase erreicht, in welcher die gesamte Bevölkerung – in der Schule dazu erzogen Computer, Informatik und Elektronik zu konsumieren – eine solche Nachfrage erzeugt, daß sich diese massiv in Arbeitsplatzbeschaffung auswirkt. Die Anfangsphase dieser Bewegung wurde durch entsprechende Finanzierungsmaßnahmen ermöglicht.

Ist das, was Japan auf nationaler Ebene machen konnte, für andere Länder ebenfalls auf dieser Ebene möglich? Wird die westliche Welt in ihrer Gesamtheit auf internationaler Ebene dazu imstande sein?

Man kann es bezweifeln, denn viertens hat die Krise für Europa und Nordamerika andere Dimensionen. Ohne von Ursache und Wirkung sprechen zu wollen, ohne den jetzigen Zustand unserer Gesellschaft einer umfassenden und allgemeinen Analyse zu unterziehen, muß ich betonen, daß diese industrielle, wirtschaftliche und finanzielle Krise, deren Grundzüge ich gerade dargelegt habe, gleichzeitig mit anderen destabilisierenden Entwicklungen stattfindet. Die industriellen und administrativen Arbeitsformen werden in Nordamerika und in Europa in Frage gestellt; ebenso die Formen unseres Zusammenlebens in den Städten. Die Wertsysteme, auf welchen sowohl die Organisation der Gesellschaft als auch die Übertragung der Normen des Zusammenlebens in der Gesellschaft, des Wissens und der Kultur beruhen, befinden sich alle in

einer Krise. Das wohlbekannte Unbehagen der Jugend, die Zunahme von Randgruppenverhaltensweisen vom Drogengebrauch bis zur Kriminalität, der fehlende Glaube an soziale Leitmotive (wie Vaterlands- und Arbeitsliebe), das zunehmende Zweifeln am Aufgehen in der Arbeit, dies alles sind Zeichen für eine Krise der Gesellschaft. Eine Krise, die weit davon entfernt ist, nur die Wirtschafts- und Finanzbereiche zu betreffen; die in diesen Bereichen vielleicht nicht einmal ihren Hauptursprung hat.

Ich bin weit davon entfernt zu glauben, daß die Lösung im Machtbereich des Staates liegt, im Gegenteil. Der Staat – dessen Ziel es nicht ist, die Menschen zu beglücken, sondern nur die notwendigen ökonomischen und sozialen Bedingungen zu diesem Glücke zu schaffen – muß seine Zielsetzungen einer genauen Analyse der Situation, und die Mittel, die er vorschlägt, einer guten Kenntnis des Verhaltens und der Motivation, die zum Einsatz dieser Mittel führt, anpassen können.

Es ist notwendig, daß die Diagnose der Krise – zumindest zum Teil – allen großen sozialen Kräften des Landes gemeinsam ist. Ist dies der Fall, was zu überprüfen ist, dann kann man gleichlaufende Verhaltensweisen bzw. konvergierende Handlungen erarbeiten und dies nicht nur in den verschiedenen Sektoren des Staates, sondern auch in der Gesamtheit der sozialen Kräfte, die unsere Nation bilden. Dann, und erst dann wird Frankreich fähig sein, seinen Teil der alles umfassenden jetzigen Veränderung zu meistern.

2. Frankreich vor der Krise

Unser Land muß mit seinen Vor- und Nachteilen dieser Weltlage entgentreten.

Zu den Vorteilen Frankreichs zählen eine hohe Arbeitsproduktivität pro Stunde, eine qualifizierte Arbeitneh-

merschaft, einige gut entwickelte Industriezweige – auch wenn diese in Frage gestellt wurden – und die Fähigkeit, große Industrieprojekte durchzuführen, oft auf Grund öffentlicher Initiative und manchmal in Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Die Raumfahrt, die Flugzeug- und Nuklearindustrie sind eindeutige Beweise dafür, deren es mehr gibt. In einer Welt mit begrenzten Lebensmittelressourcen darf man nicht vergessen, daß unsere Anbaufläche, die Fruchtbarkeit des Bodens und das Klima große Möglichkeiten bieten. Schließlich muß man die Verbesserungschancen des sozialen Dialogs, die sich durch eine linksorientierte Regierung eröffnen, hinzufügen.

Die Nachteile sind schwerwiegend. Der erste ist die seit ungefähr zehn Jahren bestehende relative Schwächung unseres Produktionsapparates, insbesondere im industriellen Bereich. Die Anzeichen dafür sind vielfältig. Ich werde mich damit begnügen, zwei Anzeichen dieser Schwäche anzuführen:

- Erstens der Außenhandel, der deutlich zeigt, daß unser Land im Vergleich zu anderen Ländern an Boden verliert. Während der letzten 8 Jahre hat sich unser Außenhandelsdefizit von 4 Mrd. Francs im Jahre 1978 auf 60 Mrd. Francs im Jahre 1981 erhöht und die ersten zur Verfügung stehenden Zahlen zeigen, daß diese Entwicklung sich fortsetzt. Dieses Ergebnis scheint umso beunruhigender, als sich dieses Defizit zum Großteil durch den Industriegüterhandel mit 3 Ländern – BRD, USA und Japan – ergibt. Diese Tendenz, die nicht ohne dramatische Auswirkung fortgesetzt werden kann, ist Ergebnis zweier Komponenten: einerseits den Marktanteilsverlusten des französischen Exportes in OECD-Ländern, andererseits einer verstärkten Durchdringung des inländischen Marktes. Fast 40 Prozent der Konsumgüter, die in Frankreich gekauft werden,

sind ausländischer Herkunft, vor 8 Jahren waren es erst 25 Prozent; die entsprechende Zahl beträgt 50 Prozent für die Investitionsgüter, welche eine besondere Schwäche unserer Industrie darstellen.

- Das zweite Zeichen für die Schwächung unseres Produktionsapparates ist die Verschlechterung der Finanzlage unserer Unternehmen. Während des letzten Jahrzehnts verringerten sich die Bruttogewinne der Unternehmen, das heißt ihre Investitionskapazität, im Vergleich zur Wertschöpfung nahezu um die Hälfte: 1972 machten sie 14,4 Prozent aus und 1981 nur noch 7,7 Prozent. Dieselben Unternehmen investierten in der betreffenden Zeitspanne immer weniger, das Investitionsvolumen ist 1981 um 10 Prozent niedriger als 1973.

Es muß noch betont werden, daß diese gerade beschriebene Schwächung unseres Produktionsapparates ein beständiges Merkmal der siebziger Jahre war. Die letzten verfügbaren Zahlen, betreffend die Jahre 1981 und 1982, zeigen nur das Weiterbestehen dieser Entwicklung in dem Kontext einer Weltkrise und einer zunehmenden internationalen Konkurrenz.

Ein weiterer Nachteil für Frankreich ist die lange Gewöhnung an die Inflation, die sich übrigens auf unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und auf unsere Zahlungsbilanz auswirkt. Dieses Hauptmerkmal der Wirtschaft hat oft unsere Geschichte bestimmt. Schon vor dem Krieg spürbar hat es die Nachkriegszeit und später das Ende der 4. Republik geprägt. In der 5. Republik ist bis heute eine schwache beständige Beschleunigung des Preisauftriebes zu vermerken. Hinter diesem Phänomen stecken Gewohnheiten, Verhaltensweisen, Mechanismen, sogar Strukturen: alle, die am Wirtschaftsleben beteiligt sind, antizipieren diese Beschleunigung. Die Konsumenten sind nicht daran gewöhnt, die Preissteigerungen zu bekämpfen. Der Großteil der Einkom-

men, und insbesondere die Löhne, entwickeln sich unter Bedingungen, die de facto einer Indexierung gleichkommen. Jener Teil des Sozialproduktes, soweit man ihn messen kann, der die unbegründeten Bereicherungen ausmacht und der Monopoleffekte, Spekulation, Schmarotzerei oder strategisch günstige Ausgangssituationen belohnt, ist viel zu groß im Vergleich zu den gesunden Komponenten wie Löhne, Pflichtabzüge und rechtmäßige Gewinne, die aus der Produktion kommen. Das Übermaß an Verschuldung, im Falle der Unternehmen ein schnelleres Wachstum der Verschuldung als des Unternehmensvermögens, sind ebenfalls wichtige Inflationsgründe, da zumindest eine große Verschuldung der Desinflation entgegensteht. Seit 20 oder mehr Jahren finden alle Inflationsstöße der Welt auch in Frankreich statt, während die Verlangsamung und das Abnehmen der Preissteigerungen, die in den Industrieländern verzeichnet wurden, sich in unserem Lande nicht ausgewirkt haben. Diese Situation ist sehr ernst, sie trägt zu der Verschlechterung unserer Außenhandelsbilanz bei, wodurch unsere Währung anfälliger und unser Industrieapparat schwächer werden und sie trägt dazu bei, daß die Entscheidungs- und Orientierungsautonomie des Landes eingeengt werden.

Der dritte Nachteil ist die Unzulänglichkeit des sozialen Dialogs. Darunter leidet nicht nur die Produktivität in den Unternehmen, sondern wird auch eine gemeinsame Festlegung und Durchführung der politischen Maßnahmen – die restriktiv sein können, aber notwendig sind, um schwierige Situationen wie jetzige zu meistern – verhindert.

Der vierte Nachteil, dem die vorherigen entspringen, der sich aber darüber hinaus auswirkt, ist kultureller Natur. Frankreich ist erst nach dem letzten Weltkrieg eine Industriemacht geworden. 1935 war der Großteil der Bevölkerung noch in der Landwirt-

schaft beschäftigt, also 70 bis 100 Jahre, nachdem schon in den entwickelten Ländern Europas, Italien inbegriffen, die Mehrheit der Bevölkerung in den Städten lebte. Frankreich ist also an seine Industrie wenig gewöhnt; man schrieb sogar, daß das französische Volk seine Industrie nicht mag. Auf jeden Fall haben ein langer Winterschlaf unter dem Protektionismus (1892–1957) und eine jetzt noch bei allen Wirtschaftsteilnehmern verbreitete Gewohnheit, Garantien, Zuschüsse, Steuerfreiheiten, günstige Kredite und öffentliche Aufträge vom Staat zu verlangen, unser Wirtschaftsleben tief geprägt. In gewissen Bereichen sind wir deswegen den normalen Konkurrenzregeln ausgewichen: in der Landwirtschaft, im Wohnbau, im Schiffsbau, in der Eisenindustrie und in anderen, weniger wichtigen Bereichen. Hinzu kommen ein Sparverhalten, welches das industrielle Risiko meidet; eine hartnäckige Schüchternheit der Banken bei Langzeitinvestitionen, die jetzt erst schwindet; ein nahezu totales Fehlen des Wirtschaftsunterrichtes in den Volks- und Mittelschulen, dem spät und ungenügend nachgeholfen wurde; eine in der Volksmeinung allgemein vorherrschende Verwechslung von Unternehmensvermögen und Vermögen der Eigentümer; eine ungenügende Sensibilisierung der französischen Gesellschaft für grundsätzliche und einfache Wahrheiten wie: man kann nur verteilen, was produziert wurde; das Vermögen der Unternehmen und des Staates sind begrenzt; jede unentgeltliche Leistung hat einen Preis; oder: es gibt weder in den Unternehmen, in den Banken noch in den Staatskassen versteckte Schätze, etc. Um dieses Bild zu vervollständigen, muß man auch das krampfhaft und überhebliche Verhalten der Unternehmer erwähnen, das vielleicht verständlich ist, aber die Situation nicht verbessert. Angegriffen von allen Seiten, sich zu recht unverstanden wägnend und wissend, daß ihre Unternehmen in letzter

Instanz die Kosten des finanziellen Ungleichgewichtes der Gesellschaft tragen müssen, verteidigen sich die Unternehmer, indem sie versuchen, ihre Macht zu behalten, von der sie mitunter eine recht selbstherrliche Vorstellung haben. Diese Vorstellung jedoch verträgt sich schlecht mit der Entwicklung zu mehr Mitbestimmung und hin zu einer Machtverteilung, die von immer besser ausgebildeten Lohnabhängigen und von einem zunehmenden Bedürfnis nach Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen in der jetzigen Welt gefordert wird. Diese Entwicklung hat in den großen Unternehmen der BRD und den Vereinigten Staaten schon stattgefunden.

Sie werden bemerkt haben, daß ich mich auf die Nachteile beschränkte, die Frankreich eigen sind, ohne jene zu erwähnen, die für fast alle Industrieländer zutreffen: stärkeres Ansteigen der Sozialleistungen als der Produktion, zunehmende Schwierigkeiten des staatlichen Haushaltsgleichgewichtes und eine allgemeine Gesellschaftskrise, die das Unterrichtssystem und das Leben in der Stadt in Frage stellt, sowie eine Beunruhigung über Fragen der Sicherheit.

Die Nachteile sind schwerwiegend, insbesondere weil sie eine Verschlechterung der Stellung Frankreichs in der Welt mit sich ziehen. Die Schlüsselfrage ist, ob unser Land fähig sein wird, in den letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts seine technologische, finanzielle, diplomatische und kulturelle Unabhängigkeit zu bewahren; und zwar in dieser Reihenfolge, welche – vereinfachend gesagt – die Reihenfolge der Abhängigkeit dieser verschiedenen Unabhängigkeitsformen ist. Die laufende Entwicklung ist diesbezüglich schlecht und es wäre eine Illusion vorzugeben, einfach durch ein kleinmütiges Bewahren der schon erreichten, in Wirklichkeit aber bedrohten, Positionen das erhoffte Resultat erreichen zu wollen.

Es wird ein starker und langanhalt-

tender Wille der Nation notwendig sein; und dieser ist nur denkbar, wenn ein minimales Einverständnis über einige grundsätzliche Tendenzen und einige strategische Zielsetzungen erreicht werden kann.

Bevor ich versuche, die möglichen Zielsetzungen und Tendenzen zu beschreiben, scheint es mir notwendig, die Ausgangsbedingungen politisch zu klären.

Das große Wagnis, welches darin besteht, in einer solch schwierigen Lage eine neue Form der Planifikation zu schaffen, wobei die Bemühungen der Regionen und des Staates vereint werden und versucht wird, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kräften zu nutzen, könnte nicht außerhalb des politischen Lebens begonnen und fortgesetzt werden. Ganz im Gegenteil, dieses Wagnis ist mit dem politischen Leben eng verbunden.

In der politischen Tradition Frankreichs ist die Planifikation nicht sehr fest verankert. Die Fehler des Übergangsplanes haben an dieser Tatsache nichts geändert. Man muß das Problem genauer abgrenzen. Versteht man den Plan nur als makroökonomisches Zahlengebäude, das als Zielsetzung und Prognose den zu erwartenden Zustand der Wirtschaft für die entsprechende Zeitspanne beschreibt, so ist es evident, daß diese Zielsetzungen nie erreicht werden können. Über diese Zahlen hinaus stellte jedoch der Übergangsplan eine Analyse der Situation, einen strategischen Entwurf und ein Bündel von Zielen, auf die sich die öffentlichen Maßnahmen beziehen konnten, dar. Während unserer Arbeit wird die Koordinierungskommission dazu Stellung nehmen und ich bin überzeugt, daß ihr Bericht für uns wichtig sein wird. Auf jeden Fall werden wir als nationale Planifikationskommission sowohl die Ausgangsanalyse der Situation als auch den strategischen Entwurf des Über-

gangsplanes bestätigen, ändern oder widerlegen müssen.

Was die Analyse betrifft, so habe ich meine Meinung dazu bereits geäußert: Im Gegensatz zu den Prognosen, die vor einem Jahr von maßgebenden Wirtschaftsinstitutionen, in Frankreich wie im Ausland, erstellt wurden, verschlechtert sich die Konjunktur weltweit. Alle Länder bezahlen diese Verschlechterung entsprechend ihren vorangegangenen Strategien; Frankreich durch seine Außenhandelsbilanz und die meisten anderen Länder durch ein rapides Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Der strategische Entwurf fand, daß eine wirksame Behandlung der schwierigsten nationalen Probleme – Arbeitslosigkeit, Krise des Schulsystems, Dynamisierung des Industrieparameters, Beherrschung des Gleichgewichtes der Transferzahlungen – umso schwieriger sind, je schwächer das Wachstum wird. Ein inländisches Wachstum, welches höher ist als jenes unserer wichtigsten Handelspartner, zieht notwendigerweise, selbst bei gleichbleibenden Strukturen, eine Verschlechterung unserer Außenhandelsbilanz mit sich. Daraus kann man ableiten, daß der Hauptschlüssel zur Lösung des Problems in unserer kollektiven Fähigkeit liegt, massiv und schnell etwas an den Ursachen unseres Außendefizites zu ändern. Das unmittelbar für diesen Zweck verfügbare Aktionsfeld ist die Energiewirtschaft. Die Nuklearenergie und die neuen Formen der Energiegewinnung sind auf Zeit gesehen Autonomiefaktoren; dies gilt noch stärker für Energieeinsparungen. In diesem Bereich können beträchtliche Anstrengungen in wenigen Jahren nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch zu einer wesentlichen Veränderung des Aufwandes für Energieimporte führen. Für all dies war natürlich maßgebend, daß die inländische und internationale Konjunkturlage sich während der für strukturelle Veränderungen notwendigen Zeitspanne nicht ver-

schlechtert und daß die Anstrengung massiv genug ist, um schnell bedeutende Ergebnisse zu erreichen.

Dies war aus verschiedenen Gründen nicht der Fall. Der erste Grund ist schon oben erwähnt worden: Das internationale Umfeld entwickelte sich ungünstiger als vorhergesehen.

Auch der zweite Grund ist situationsbedingt: Es hat sich herausgestellt, daß die französische Industrie sich in einem noch schlechterem Zustand befand, als wir vor einem Jahr dachten. Bei der Ausarbeitung des Übergangsplanes wurde die Strategie einer langsamen Ankurbelung des Wachstums, ausgelöst durch Massenkonsum, heiß diskutiert. Niemand aber konnte sich vorstellen, daß die französischen Produzenten diese Zunahme an Nachfrage fast zur Gänze dem Import überlassen würde.

Die Reaktionsfähigkeit unserer Unternehmen war in Wirklichkeit als Folge des Verschuldungswachstums, des Produktions- und des Selbstfinanzierungsrückganges noch stärker geschwächt, als wir es wahrnehmen konnten. Sechs aufeinanderfolgende Jahre des Investitionsrückganges hatten ihre Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt.

Der dritte Grund betrifft die politische Lenkung der Wirtschaft. Stellen wir offen die Frage, die jeden beschäftigt:

Hat die Regierung während der letzten 15 Monate die Geschäfte gut geführt? In unserem alt gewordenen Land, in welchem die Demokratie unsicher ist, der Fanatismus jederzeit erwachen kann, Spaltung und Intoleranz geschätzt werden, eröffnet die Beantwortung dieser Frage ein unbegrenztes Feld zur lautstarken, politisierenden Polemik. Obwohl ich nicht bereit bin, mich in einem solchen Streit im voraus geschlagen zu geben, entbehrt er für mich jedes Interesses. Und doch werden wir an der Ausarbeitung des 9. Planes nicht korrekt arbeiten können, ohne uns vorher über die Gründe unseres Verhaltens –

auch in bezug auf die Fragebeantwortung – klar zu werden. Ich werde drei eher ökonomische und soziologische als politische Behauptungen aufstellen, die mir jedoch der wichtigste Teil der notwendigen politischen Antwort und auf jeden Fall die Grundlage zu sein scheinen, daß wir in einem relativ gutem Klima des gegenseitigen Verständnisses zusammenarbeiten können.

Die erste These ist eine Feststellung: Es ist eine Diskrepanz entstanden zwischen den Orientierungsdaten des Übergangsplanes in den wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Bereichen einerseits, und der Zunahme der Sozialleistungen, der Zunahme der die Unternehmen direkt oder indirekt treffenden Mehrkosten und der Unzulänglichkeit der Energieeinsparungsmaßnahmen andererseits.

Die zweite These betrifft die Erklärung eines Teiles dieser Feststellung. In einem demokratischen Land ist für einen fünfundzwanzigjährigen Mangel an Abwechslung ein Preis zu bezahlen. Dadurch, daß die wichtigsten Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft so lange weder an der Macht teilhaben noch dieser in irgendeiner Weise vertrauen konnten, entstand ein Rückstau von unbefriedigten Forderungen, von ungelösten sozialen Problemen, von verschiedenen Ansprüchen, die von der Linkskoalition eher aus der Situation heraus denn aus Gründen der Dogmatik unterstützt wurden. Das Gewicht dieser nicht getroffenen Entscheidungen, dieser noch offenen Verhandlungen mußte in jedem Fall die spätere Entwicklung des Landes beeinflussen.

Die dritte These bezieht sich auf den Rest der ursprünglichen Feststellung: Für die mangelnde Qualität der Demokratie ist ein Preis zu bezahlen. Die öffentliche Meinung hätte bestimmt bessere Orientierungen und Reaktionen, wenn die wirtschaftliche Information in den Medien – von der Schule an – weiter verbreitet wären. Die Opposition ihrerseits, die lange von

der Macht ausgeschlossen war, wäre in der Machtausübung erfahrener und sich ihrer Sachzwänge bewußter, hätte man sie nicht systematisch von jeder entscheidenden Beratung und sogar von jeder strategisch wichtigen Information ausgeschlossen.

Sicher ist, daß die zunehmende Verkrampfung des politischen Lebens angesichts der Verschärfung der Krise und die schwierige Situation Frankreichs gefährliche Bedingungen für die Zukunft schaffen. Das Aufeinanderprallen intoleranter Positionen hat noch nie dazu beigetragen, gemeinsame Lösungen zu finden. Durch diese Situation wird Frankreich von einer noch viel größeren Gefahr bedroht.

Die Perspektive eines verlangsamten Wachstums, eine zunehmende Unsicherheit am Arbeitsplatz erzeugen überall eine dumpfe Beunruhigung. Mangels eines klaren, gemeinsam erarbeiteten und überzeugenden Bildes der notwendigen Orientierung zur Zukunftssicherung ist unser Land dabei, sich in verschiedene Korporationen zu teilen. Jede soziale Schicht, ob organisiert oder nicht, betont die Verteidigung ihrer eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen und ihrer schon erreichten Rechte, hütet sich jedoch zu erwähnen, daß die jetzige Situation des Landes eine Teilnahme aller sowohl an den kollektiven Anstrengungen als auch an den Risiken, die man zur Überwindung der Krise eingehen muß, verlangt. Diese Entwicklung, seit einigen Monaten deutlich spürbar, ist voll von Mißverständnissen, von unnützen oder unlösbaren Konflikten und von einer Verflüchtigung des nationalen Gemeinschaftssinnes und des Bewußtseins für die Verantwortlichkeit des Staates.

Es war notwendig, die Situation zu bereinigen. Die Regierung hat die ersten Schritte dazu allein gesetzt. Da die Verschlechterung unseres monetären Gleichgewichtes Hauptpriorität geworden war, hat der Premierminister einen allgemeinen Preis- und Lohnstopp für vier Monate verordnet.

Es gibt in Frankreich kaum Beispiele für diese Entscheidung. Sie wurde erst zum zweiten Mal seit Ende des letzten Weltkrieges getroffen. Indem sie die von vornherein sichere Unbeliebtheit einer solchen Maßnahme auf sich nahm, hat die Regierung klar gezeigt, daß sie Willens ist, die Grundprobleme in Angriff zu nehmen. Sie verfolgt damit mehrere Ziele:

- die Bremsung des Preisauftriebs, und damit eine dämpfende Wirkung auf alle Indexierungen, die die französische Gesellschaft belasten;
- die psychologische Ankündigung an alle, die Börsegeschäfte tätigen – Franzosen und Ausländer –, daß unsere Währung energisch verteidigt wird;
- die Hervorhebung der schwierigen Entwicklung, die wir nur durch eine gemeinsame Anstrengung ändern werden können, gerichtet an alle Produzenten, Arbeitnehmer und Konsumenten.

Jeder weiß jedoch – die Regierung ebenso, wenn nicht besser – daß ein Preis- und Lohnstopp die Strukturmechanismen, welche die Inflation auslösen, nicht berührt, und ein solcher sogar wirtschaftsfeindliche Wirkungen haben kann. Seine Dauer wurde deshalb auf 4 Monate begrenzt, denen 14 Monate mit intensiven Verhandlungen der Sozialpartner folgen werden mit dem Ziel, die Preis- und Lohnverhandlungen so abzustimmen, daß die Verlangsamung der Inflation weiter fortschreitet. Dabei sollen die schädlichen Wirkungen eines starren Preisstopps vermieden und diese relative Desinflation in den normalen Wirtschaftsgang progressiv integriert werden.

Das Budget für 1983, welches Restriktion und Begrenzung des Defizits mit einem Vorrang für industrielle Investitionen und für die Forschung verbindet, und ein Maßnahmenpaket, das eine Förderung des langfristigen Sparens und seine Verwendung für die Industrie als Ziel hat, bestätigen bereits diesen Kurs für die nahe Zukunft.

Das Vorhaben unserer Kommission ist nicht kurzfristig, auch nicht auf 18 Monate begrenzt. Unser Auftrag ist es nicht, dieses Wiederaufschwungsprogramm zu erörtern – auch wenn einige der hier vertretenen Organisationen an den Verhandlungen, die die Bedingungen seiner Umsetzung bestimmen werden, teilnehmen.

Es ist kein Selbstzweck, die Lage der Finanzen in Ordnung zu bringen; es ist nur eine notwendige Bedingung, um höhergestellte Ziele erreichen zu können. Für die Wiederherstellung des Finanzgleichgewichtes sind vom Produktionsapparat und vom Arbeitsmarkt Opfer zu bringen, und darin liegt das Problem. Das Finanzgesetz für 1983 und die Sparmaßnahmen versuchen den Preis niedrig zu halten. Nach diesen 18 Monaten wird eine weitere dynamische Initiative notwendig sein – natürlich unter gesunden finanziellen Bedingungen. Es ist Auftrag des 9. Planes, den Kurs dafür zu skizzieren.

Da ich es als grundlegend erachte, die Ausgangsbedingungen für den 9. Plan zu bestimmen und ich in keiner Weise die Absicht habe, dem Inhalt dieses Planes vorzugreifen, ehe die Gespräche in unserer Kommission aufgenommen wurden, könnte ich hiermit meine Rede beenden. Ich halte es jedoch als Beitrag zu den Überlegungen für notwendig, einige mögliche Anstöße zu skizzieren, die selbstverständlicherweise bis zur Regierungsentscheidung zur Diskussion stehen.

3. Strategieelemente

In einer so schwierigen und nahezu ausweglosen Lage wie der jetzigen ist es am wichtigsten, sich nicht in Sackgassen zu begeben.

Mindestens zwei davon sind deutlich erkennbar, da sie häufige Versuche für viele unserer Mitbürger sind: der Protektionismus und die Flucht in die Inflation. Es genügt da-

bei nicht, beide Lösungen mit einer Handbewegung – sich berufend auf ein technokratisches Wissen der Mechanismen der heutigen Gesellschaft – beiseite zu schieben. Man muß auch alle jene, deren Tätigkeit einen sozialen Einfluß hat, überzeugen, daß diese beiden Wege zum Zusammenbruch unseres Landes führen. Den Protektionismus – ungeachtet jeder dahinterstehenden, notwendigerweise umstrittenen Wirtschaftsphilosophie – können wir uns einfach nicht leisten.

Es steht außer Zweifel, daß seit Anfang der industriellen Zivilisation die Verbreitung der Techniken hauptsächlich durch den Handel erfolgte und auch außer Frage, daß Frankreich die lange Phase des Protektionismus, die ich vorher erwähnt habe, sehr teuer bezahlen mußte und in Wirklichkeit immer noch bezahlt. Heute steht unser Land nur in einigen wenigen Teilbereichen an der Spitze der Forschung und des technologischen Fortschritts. In der Hauptsache ist es jedoch der internationale Handel, der uns die Möglichkeit bietet, neue Produkte zu nutzen bzw. neue Technologien zu verbreiten. Zweifellos müssen wir uns auch weiterhin um die Stärkung unserer technologischen Position bemühen. Keineswegs dürfen wir uns jedoch dabei vom Prozeß des internationalen Austausches abschneiden, da die Schwächung unserer technologischen Wettbewerbsfähigkeit die unvermeidliche Folge wäre.

Darüber hinaus muß man unterstreichen, daß nahezu jeder dritte französische Arbeitnehmer in der inländischen Industrie für den Export arbeitet. Protektionismus ist nicht möglich, ohne sich Gegenmaßnahmen einzuhandeln; es gibt wesentlich mehr Arbeitnehmer, die für den Export arbeiten, als solche, deren Arbeitsstelle durch den Import gefährdet wird. In diesem Spiel können wir nur verlieren. Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze muß andere Wege gehen, jenen der Produktivität und der Markterschließung.

Die größten französischen Unternehmen, ob verstaatlicht oder privat, werden ihre Leistungsstärke und ihren Anteil am französischen Inlandsmarkt gleichfalls nur dann behalten können, wenn sie der internationalen Konkurrenz gewachsen sind. Sie davon abzuschirmen bedeutet, sie zu schwächen.

Ich beharre nicht darauf, die unvermeidlichen Auswirkungen einer protektionistischen Politik auf die Stimmung im Lande und auf das Risiko einer repressiven Entwicklung des Staates zu beschreiben. Ich nehme an, daß eine solche Vision uns alle abschreckt.

Das Problem wäre ein bißchen anders gelagert, wäre Europa zu einer gemeinsamen Handelspolitik fähig. Das Gleichgewicht von eventuellen Maßnahmen und Gegenmaßnahmen würde uns in die Lage versetzen, einen wirksameren Druck auszuüben. Wäre auch in diesem Falle ein allgemeiner Protektionismus immer noch schädlich, so könnte man zumindest eine Verbesserung der Wettbewerbsregeln, eine Begrenzung des Dumpings, eine Ausarbeitung internationaler Regeln bezüglich minimaler Sozialgarantien für die Industriearbeiter, etc., zu erzwingen versuchen.

Aber selbst eine derart koordinierte Vorgangsweise würde nicht schnell genug zu Resultaten führen, die zu großen Hoffnungen – ob kurz- oder mittelfristig – Anlaß geben.

Das, was ich gerade gesagt habe, ist auch eine Erklärung dafür, daß die Flucht nach vorne in die Inflation ebenfalls nicht möglich ist. Die rapide Inflation, welche seit langem eine ständige Versuchung für unser Land – und das schlecht verborgene Geheimnis des schnellen Wiederaufbaus nach dem Kriege – ist, bietet heute nicht mehr diese Möglichkeiten. Ihre negativen Auswirkungen haben stark zugenommen.

Eine Inflation, welche langfristig über jener unserer Handelspartner liegt, hat entweder den Protektionis-

mus oder die unaufhaltbare Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz zur Folge. Auch wiederholte Abwertungen aber können in keiner Weise dieses Problem lösen.

Wir müssen einen harten Wirtschaftskurs einschlagen. Welcher Kurs aber und im Dienste welcher Politik? Denn der Ruf nach Härte genügt nicht, um eine Politik zu definieren.

Hier bin ich bei der entscheidenden Rolle unserer Kommission angelangt: herauszufinden, ob wir ein Einverständnis über die Hauptorientierungen einer gemeinsamen Strategie, anerkannt von den regionalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Partnern und der öffentlichen Hand, erreichen können. Ich möchte hier klarstellen, daß unsere Kommission nur beratend wirkt und jeder für sich frei entscheiden kann. Es ist jedoch möglich, daß eine gemeinsame geistige Basis gewisse Verhaltens- und Handlungsweisen zum Ergebnis hat. Den Bestrebungen der Planifikation wäre damit Genüge getan.

Meiner Meinung nach ist das Problem folgendermaßen zu beschreiben: Die französische Gesellschaft wird nur unter zwei Bedingungen in der Lage sein, ihre Zukunft zu gestalten und ihre internationale Stellung und ihren Einfluß in der Welt während des nächsten Jahrzehntes zu halten. Die erste Bedingung ist die Verstärkung ihres Produktions-, Landwirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsapparates; die zweite ist ein starker sozialer Zusammenhalt, welcher nur durch eine höhere Lebensqualität, durch das Ausschalten vieler Ungerechtigkeiten und in erster Linie durch eine bedeutende Abnahme der Arbeitslosigkeit ermöglicht wird.

Es liegt auf der Hand, daß diese Ziele umso schwieriger zu erreichen sind, je schwächer der Wachstum wird. Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Weltlage wenig Anlaß zu Optimismus bietet, müssen wir uns fragen, ob wir uns ein schnelleres Wachstum

als jenes unserer Handelspartner leisten können. Die Erfahrungen der letzten 15 Monate zeigen, daß dies bei gleichbleibender Handelsstruktur nicht möglich ist. Ich bin jedoch überzeugt, daß massive und schnelle Eingriffe in einige Bereiche unserer Handelsbilanz die Voraussetzungen für diese wirtschaftliche und finanzielle Autonomie – ohne welche die Lösung der Probleme des Landes sehr schwierig wäre – schaffen könnten.

Die Energieeinsparungspolitik beginnt sich auszuwirken. Wir müssen die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen abschätzen und die Kosten der Bestrebungen berechnen, die erforderlich sind, um unsere Erdölrechnung langsam zu senken und um im Laufe des Planes eine Wachstumsdifferenz zu unseren Handelspartnern von 1 bis 1,5 Prozent zu erreichen.

Dieser Teilbereich reicht aber nicht aus. Da die Dringlichkeit groß und die Mittel begrenzt sind, müssen wir jene Bereiche des Außenhandels festlegen, in welchen bestimmte Maßnahmen die raschesten und wirksamsten Folgen haben werden. Einerseits sind es jene Bereiche, in denen sich Maßnahmen mit geringem Kapitaleinsatz schnell auswirken, andererseits solche Sektoren, in denen die Position bereits erstarbt ist und nur noch verstärkt werden muß.

Im ersten Fall zeigt sich, daß Maßnahmen mit niedrigem Kapitaleinsatz in den Bereichen Tourismus, Mode-, Kunst- und Vergnügungsindustrie möglich sind. Es gibt sicher noch andere Bereiche, die wenig Kapital benötigen und in welchen Frankreich eine bedeutende Position mit gutem Ruf verbindet.

Im zweiten Fall denkt man zuerst an die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie. Die progressive Abschaffung der Ausgleichszahlungen ist hier eine Voraussetzung, wenngleich nicht die einzige und jeder spürt, daß es noch viel zu tun gibt. Im Bereich der Güterbeförderung ist unsere Position ebenfalls stark genug,

um auf bedeutsame Exportgewinne hoffen zu können.

Über die kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen hinaus muß man ein systematisches Inventar jener Bereiche aufstellen, in welchen gezielte Aktionen sich schnell und bedeutsam auf die Erhöhung des Exportes, die Abnahme des Importes bzw. die Zurückeroberung des inländischen Marktes auswirken. Es ist wichtig, hier jede Zweideutigkeit zu vermeiden. Sobald man eine protektionistische Lösung ausschließt, kann die Zurückeroberung des inländischen Marktes nur durch wiedergefundene industrielle Dynamik und Handelsaktivität erzielt werden. Man muß sich ständig vergegenwärtigen, daß unsere großen auf dem Weltmarkt eine Rolle spielenden Unternehmen ihren Anteil am Markt im Lande selbst auf die gleiche Weise wie im Ausland verteidigen müssen.

Der strategische Schlüssel zur Lage unseres Landes in den nächsten Jahren ist die Entwicklung der Industrie. In ihr liegen die Chancen zur Sammlung der Kräfte unserer Wirtschaft oder ihres unaufhaltsamen Unterganges.

Wir müssen uns wahrscheinlich die Frage stellen, warum einem Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes, der nur ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes und etwas mehr als ein Viertel der aktiven Bevölkerung – und diese Zahl nimmt ab – repräsentiert, soviel Bedeutung beigemessen wird. Ich nenne zwei Gründe dafür:

- 80 Prozent unserer Deviseneinnahmen hängen vom Industriegüterhandel ab,
- der Produktivitätszuwachs, zum Großteil aus der Industrie stammend, wirkt sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus und bestimmt faktisch das Lebensniveau der Bevölkerung.

Letzteres ist der Schluß, den man aus der in den letzten drei Jahrzehnten stattgefundenen Neuordnung der großen Industrieländer ziehen kann. Der außerordentliche Vorstoß Japans,

die zunehmende Wirtschaftsmacht Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten oder der relative Rückschlag der englischen Wirtschaft spiegeln genau die Hierarchie der Industriewettbewerbsgewinne dieser Länder wider.

Ich muß hinzufügen, daß die Industrie durch die Allgegenwärtigkeit ihrer Produkte im täglichen Leben der Franzosen dazu beiträgt, die kulturelle Identität des Landes zu prägen: Die Konsequenzen einer Vernachlässigungspolitik dürfen auf diesem Sektor nicht unterschätzt werden. Alle diese Argumente zwingen uns, der industriellen Entwicklung eine entscheidende Rolle im 9. Plan beizumessen.

Wille und verbaler Voluntarismus dürfen nicht verwechselt werden: es genügt nicht, Prioritäten festzulegen; sie müssen auch umgesetzt werden. Priorität für die Industrie beinhaltet Bereitstellung und gezielte Verteilung der Geldmittel; nachrangige Bereiche müssen folglich ebenfalls bestimmt werden. Ohne der Arbeit dieser Kommission vorgreifen zu wollen, scheint es mir wichtig, zwei Richtungen anzudeuten:

- die Anpassung der Finanzierung der Wirtschaft an die Erfordernisse der Industrieentwicklung;
- die volle Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials unseres Landes.

Die Verschlechterung der Finanzlage unserer Industrieunternehmen ist eine Haupttendenz der letzten 8 Jahre. Der Beruhigung des Jahres 1979 folgte 1980 und 1981 ein deutlicher Verfall.

Frankreich steht mit einer solchen Entwicklung, die eine dauernde und tiefe Weltkrise widerspiegelt, nicht alleine da. Obwohl dies nicht die einzige Ursache ist, wird die Investitionstätigkeit, die seit Anfang der 70er Jahre dauernd sinkt, durch die Abnahme der Finanzierungsfähigkeit der Unternehmen weiter verringert:

Die Jahre 1981 und 1982 zeigen keine Verbesserung, im Gegenteil (-2,5 Prozent bzw. -7 Prozent).

In unserer Arbeit müssen wir prüfen:

- einerseits die Preisbildung und die Wertschöpfung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen; durch eine langfristig angelegte Politik der Desinflation soll die Anpassungsfähigkeit des Produktionsapparats gesteigert werden;
- andererseits die Einkommensverteilung: das Wachstum der Reallöhne, welches in den letzten Jahren höher lag als der in Frankreich festgestellte Produktivitätszuwachs, hat das tolerierbare Ausmaß der tatsächlichen Mittel des Landes überstiegen. Es müssen die Bedingungen der Lohnfestsetzungen neu überprüft werden, um einen gerechteren Beitrag jedes einzelnen zu den Bemühungen um einen von einer breiten Bewegung getragenen Wiederaufschwunges und zu einer wirklichen Solidarität zu erreichen;
- darüber hinaus die Anpassung der Mechanismen des sozialen Netzes an die Sachzwänge der industriellen Entwicklung;
- schließlich die Außenfinanzierung der Unternehmen und die Kreditallokation: Maßnahmen zur Förderung der Kapitalbildung und des Sparens im Dienste der Unternehmensfinanzierung sowie der Beitrag der verschiedenen Anlegerschichten können Objekt ihrer Vorschläge im Rahmen der Kommissionsarbeit sein. Folge des französischen Kreditsystems in den Bereichen Wohnbau, Landwirtschaft, Gemeinwesen etc. ist die Bestrafung der Industrie. Sind wir in der Lage, diese Situation zu ändern?

Die Ausbildung der Menschen spielt ebenfalls eine sehr wesentliche Rolle, die, wie ich glaube, besonders aufmerksam überprüft werden soll. Die augenscheinlichen Unzulänglichkeiten unseres Ausbildungssystems, sowohl quantitativ als auch qualitativ, müssen eingestanden werden. Es ist beunruhigend zu merken, daß die französische Industrie im Verhältnis

zur Beschäftigtenzahl um die Hälfte weniger Ingenieure hat als die amerikanische und noch weniger im Vergleich zur japanischen Industrie (1,4 zu 2,8 bzw. 3,2 Ingenieure pro 100 Beschäftigte). Bei den derzeitigen Absolventenzahlen der Elektronikbereiche (Techniker oder Ingenieure) ergibt sich ein Manko von mehr als 10.000 pro Jahr, um den Bedarf der Wirtschaft zu decken. Diese Tatsache erfordert unbestreitbar Lösungen, sowohl im Bereich der Bildung als auch der Weiterbildung.

Das eben Gesagte zeigt deutlich, daß es keine Industriepolitik unabhängig von der Gesellschaftspolitik unseres Landes geben kann. Die Vorrangigkeit der Industrie als Leitlinie sollte jedoch für den 9. Plan maßgebend sein.

Das industrielle Frankreich der neunziger Jahre wird nicht mehr dem von heute, noch weniger dem von gestern gleichen. Im Gegenteil, wir müssen einen Wandel herbeiführen, um die Krise zu überwinden.

Die erste Dimension des Wandels trifft die Technologie. Weltweit können wir eine Neuverteilung der Karten beobachten: Wenn wir nicht auf der Hut sind, könnte sich im Elektroniksektor ein internationaler Wirtschaftspool rund um den Pazifik (Westküste der USA, Japan, Südostasien) bilden und Europa damit in ein Stadium der relativen Unterentwicklung verbannen.

Die Nuklear-, Flugzeug-, Weltraum- und Nachrichtenindustrie sowie die „Off-Shore“-Erdölgewinnung sind wenngleich nicht ausreichend, Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre die Antriebskräfte der französischen Wirtschaft: Die französische Industrie hat mit Unterstützung der öffentlichen Hand in diesen Bereichen mächtige Trümpfe erhalten. Es muß jedoch festgehalten werden, daß im Gegensatz dazu unser Land die Revolution der Mini-Informatik nicht wirklich miterlebt und einen nur sehr bescheidenen Platz in

der Mikroelektronik erreicht hat. Neue Technologien wie Automatisierung und Biochemie scheinen heute bedeutsam zu sein. Die Zukunft unseres Landes hängt wahrscheinlich von der Beherrschung von ungefähr zehn Technologien ab.

Die Rolle des Planes – und auch unserer Kommission – ist es, die Maßnahmen, die das Land zu diesem Zwecke setzen muß, zu bewerten. Es müssen Vor- und Nachrangigkeiten festgelegt werden. Diese werden in den Planvereinbarungen des Staates mit den großen Unternehmen wiederzufinden sein. Wir werden gleichfalls – im Rahmen der Zielsetzung von 2,5 Prozent des Bruttonationalproduktes für Forschung und Entwicklung, festgelegt im Orientierungsgesetz über Forschung und Entwicklung, welches in den 9. Plan zu integrieren ist – die Bedingungen für die Realisierung und Finanzierung der Forschung in den Unternehmen prüfen müssen. Neben der Aufbringung ihrer eigenen Mittel muß der Beitrag des Staates zur industriellen Forschung um mehr als 10 Mrd. Franc pro Jahr erhöht werden.

Die Hauptverantwortung für den Kurs in der Technologie- und Forschungspolitik liegt selbstverständlich beim Staat.

Zu dem über die Autonomie Gesagten möchte ich noch folgendes hinzufügen: Um einen Orientierungsrahmen für unsere Industrie festzulegen, müssen die großen Weltmärkte und ihre Entwicklung bis zum Ende der Planperiode analysiert werden. Die Industrie bleibt aber hauptsächlich Aufgabe der Industriellen und nicht des Staates. Über eine gezielte Industriepolitik hinaus, die notwendigerweise in ihren Auswirkungen beschränkt ist, braucht unsere Industrie ein sie begünstigendes sicheres Umfeld; dies betrifft sowohl die Steuer- und Soziallast als auch das Kreditsystem und insbesondere das Preissystem. In einer Wettbewerbswirtschaft ist die freie Bildung der Preise eine

Notwendigkeit, ohne welche die automatische Anpassung an die Wettbewerbsbedingungen nicht möglich ist. Es wird also notwendig sein – und dies ist die Aufgabe des Wiederaufschwungsprogrammes – diese Freiheit wiederzuerlangen, ohne unser monetäres Gleichgewicht in Frage zu stellen.

4. Der soziale Wandel

Eine Notwendigkeit: die Autonomie. *Ein Wille:* Die Verstärkung des Produktionsapparates. *Ein Mut:* Der soziale Wandel. Wozu alle Bemühungen um diese drei Voraussetzungen?

Die Industrie wird nicht die französische Gesellschaft von morgen stellvertretend verteidigen. Die Nation in ihrer Gesamtheit muß ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Dies wird nur dann möglich sein, wenn wir fähig sind, die schwierigsten Probleme – an der Spitze die Arbeitslosigkeit – in Angriff zu nehmen. Selbst mäßiges Wachstum, dessen Voraussetzungen, wie wir gesehen haben, schwer zu schaffen sind, ist nicht in der Lage, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Es kann bestenfalls nur gebremst werden. Wir sind daher gezwungen, das Problem der Arbeitsverteilung neu zu überprüfen. Die Herabsetzung des Pensionsalters ist bei weitem die teuerste Lösung und Frankreich hat in dieser Frage seine Möglichkeiten ausgeschöpft.

Wir haben uns also der Arbeitszeitverkürzung zuzuwenden. Einige Selbstverständlichkeiten, welche in der französischen Gesellschaft des öfteren vergessen werden, sollten diesbezüglich in Erinnerung gerufen werden.

Eine Arbeitszeitverkürzung kann nur unter zwei Bedingungen zur Arbeitsplatzbeschaffung beitragen:

- das Produktionsvolumen darf nicht verringert werden, muß im Gegenteil zunehmen; Voraussetzung dafür ist eine höhere Auslastung der maschinellen Anlagen;

- diese Maßnahme muß Finanzmittel freisetzen, die benützt werden, um die neuen Arbeitnehmer zu entlohnen.

Es stellt sich die Frage, ob eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich für die Arbeitnehmer-schaft annehmbar ist. Zwei Tatsachen sind zu berücksichtigen:

- die Antwort eines Großteils der Arbeitnehmer ist offenbar Nein. Die Hauptsorge bleibt die Kaufkraft.
- Es gibt aber auch Arbeitnehmer – und nicht nur Frauen – die über mehr Zeit verfügen möchten, um sich ihren Kindern zu widmen, um sich beruflich weiterzubilden, um Funktionen im Vereinsleben übernehmen zu können, um Sport zu betreiben, usw. Das Angebot an freier Zeit muß diesen Bedürfnissen angepaßt werden. Es geht nicht um eine Stunde pro Woche, sondern um 4, 5 oder mehr. Beträfe dies nur 10 Prozent der Arbeitnehmer – ein eher niedrig angesetzter Prozentsatz –, könnten 100.000 bis 200.000 (oder sogar noch mehr) neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies wird jedoch nur dann möglich werden, wenn man den Arbeitnehmern einer gleichen Produktionseinheit erlaubt, ihre Arbeitszeit flexibel einzuteilen. Der Produktionsprozeß muß folglich neu gestaltet werden, und nichts spricht dagegen.

Dieser Weg ist jedoch nicht der einzige. Die Möglichkeit einer generellen Arbeitszeitverkürzung bleibt offen. Auch darüber müssen Verhandlungen aufgenommen werden. Die Bereitschaft der französischen Gesellschaft, sich mit ihren Arbeitslosen zu solidarisieren, wird daran zu messen sein. Das Unternehmen ist so zur letzten „Zelle“ des Gemeinschaftslebens geworden, ohne dies zu wollen.

Darüber hinaus ist das Unternehmen zu dem Ort geworden, wo sich die Fähigkeit der französischen Gesellschaft erweisen soll, ihre Konflikte zu lösen, und ihre Zukunft solidarisch vorzubereiten. Nach einem Jahrhun-

dert des unsicheren und begrenzten sozialen Dialoges entschloß sich die Regierung, neue Gesetze über die Rechte der Arbeitnehmer vorzulegen, und das Parlament hat sie angenommen. Diese Gesetze betreffen vor allem Informations-, Anhörungs- und Vorschlagsrechte. Werden diese Rechte nur zum Teil oder widerwillig angewandt, bleiben sie ohne Wirkung. Werden sie jedoch als Ausdruck eines neuen Dialoges aufgegriffen, können sie beitragen, Konflikte leichter zu lösen, den Produktionsprozeß besser an die Erfordernisse der Lebensqualität anzupassen und die großen Produktivitätsmöglichkeiten, welche in der Qualifikation der Arbeitskräfte liegen, zu nützen. Der Plan könnte dazu dienlich sein, neue Wege dieses erneuerten Dialoges zu finden.

Die französische Gesellschaft ist weder in der Einkommens- noch in der Bildungs- noch in der Machtverteilung gerecht. Bisher wurde nur versucht, diese Ungleichheiten durch Konflikte und durch ein Spielenlassen der Kräfteverhältnisse zu lösen. Werden wir gemeinsam fähig sein, z. B. dem Auseinanderklaffen der Einkommensskala auf annehmbare Weise entgegenzutreten? Man kann daran zweifeln, wir müssen aber auf jeden Fall darüber eine Diskussion führen.

* * *

Es sei mir erlaubt, mit einer Bemerkung über den Zeitfaktor meine Rede zu beenden. Eine der Hauptherausforderungen, welcher sich die Planifikationen in den nächsten Monaten stellen muß, ist intellektueller Art: sie betrifft das Verhältnis des Planes zur Zeit.

Manchmal begegnet man der Vorstellung, es könnte genügen, Entwicklungen korrekt und genau vorauszusehen, die geeigneten Mittel, um diese Entwicklungen zu ermöglichen oder um bestimmte Ziele zu erreichen, bereitzustellen, und man könne so den Lauf der Dinge beschleunigen, um im wortwörtlichen Sinn Zeit zu gewinnen.

Diese geistige Einstellung wird Voluntarismus genannt. Ich bin heute überzeugt, daß der Voluntarismus manchmal der größte Feind des Willens ist.

Die Planifikation an sich drückt sicherlich den Willen aus, den Zeitfaktor besser zu beherrschen, kurz- und mittelfristige Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Sie reicht aber nicht aus, um den Lauf der Dinge zu beschleunigen. Eine der Lehren, die wir aus den schon realisierten Arbeiten des Generalplankommissariates ziehen müssen, ist folgende: etliche Maßnahmen – zur Entwicklung der Industriestrukturen, zur Schaffung neuer Bildungsstrukturen, etc. – werden, unter allen Umständen, mit welchen Mitteln auch immer, erst nach vier, fünf, sechs oder mehr Jahren zu ersten Ergebnissen führen. Auf dem Gebiet der Forschung z. B. stellt die Zeit einen unumgänglichen Faktor dar; dieser Faktor muß in Rechnung gestellt werden, bevor irgendeine Maßnahme, so kühn sie auch sei, Früchte tragen kann.

In einer solchen Situation besteht der Voluntarismus in der Annahme, die Fristen, die notwendig sind, um Resultate zu erzielen, auf die Hälfte oder ein Drittel verkürzen zu können, wenn man die Finanzmittel und das Menschenpotential mal zwei oder drei multipliziert. Sehr oft wird man dann entmutigt, da die erwartenden Erfolge trotz mehrfacher Bemühungen sich nicht einstellen. Man setzt die eingeschlagenen Bemühungen nicht fort, die Konsequenz ist eine menschliche und finanzielle Verschwendung.

Der Wille besteht im Gegenteil darin, eine Politik mit Geduld und Hartnäckigkeit fortzusetzen, nicht aufzugeben, wenn Resultate sich nicht gleich einstellen, da vorauszusehen war, daß die gesetzten Maßnahmen erst nach einer gewissen Zeit Ergebnisse bringen werden.

Die heutige wirtschaftliche und soziale Situation Frankreichs – gesehen im internationalen Kontext, den ich

versucht habe zu analysieren – erfordert eine große Willensanstrengung und eine eindeutige Ablehnung des Voluntarismus.

Die Lösung der uns belastenden Probleme, welche das strukturelle Ausmaß der heutigen Inflation und Arbeitslosigkeit angenommen haben, bedingt viel Zeit. Eine Veränderung der Strukturen und der Menschen ist notwendig, man kann sie weder erzwingen noch überstürzen. Wären wir versucht es zu tun, riefe uns die Geopolitik in Erinnerung, was geschieht, wenn man die Geschichte beschleunigen will; der Preis dafür ist meistens der Freiheitsverlust.

Es wäre falsch, in dieser Bemerkung einen Ausdruck des Fatalismus oder der Resignation zu sehen. Ich trete nicht dafür ein, nichts zu tun und die Zeit arbeiten zu lassen. In einer gewissen Zeitspanne führen verschiedene Maßnahmen zu verschiedenen Resultaten. Je mehr die Schwierigkeiten struktureller Natur sind, desto wichtiger ist der Zeitfaktor für ihre Lösung: Auf diese Tatsache möchte ich ihre Aufmerksamkeit lenken. Die Resultate sind erst am Ende meßbar und es wäre falsch zu hoffen, den Lauf der Dinge beschleunigen zu können. Darüber hinaus kann man diese Entwick-

lung zwar an Trends und nachhaltigen Tendenzen messen, jedoch sicherlich nicht an monatlichen Indizes, die manchmal so heftig, aber so kurz diskutiert werden wie der Wetterbericht für das Wochenende.

Ich bestehe darauf, Überlegungen über das Verhältnis zwischen Plan und Zeitdauer anzustellen, und zwar in dem Wissen, daß die Verfassung dem Präsidenten der Republik und der Regierung diese Zeitspanne garantieren. Ich habe manchmal gehört, daß die Verfassung der Linken einen Vorteil bringen würde; ich meine jedoch, daß sie in erster Linie Frankreich einen Vorteil bringt.

Frankreich benötigt heute Zeit, langfristige, nachhaltige und dauerhafte politische Maßnahmen, Geduld und Hartnäckigkeit, mit einem Wort: Festigkeit und Willen, im Gegensatz zu den Übertreibungen und der Hastigkeit des Voluntarismus, um den Herausforderungen dieses Jahrzehntes, der internationalen Wirtschaftskrise und der von uns formulierten Diagnose gegenüberzutreten.

Ich äußere hiermit den Wunsch, daß die Planifikation uns lehren wird, den in unserem kollektiven Unterbewußtsein verankerten Voluntarismus auszumerzen.